

genuine Kopie

p.B.25.60.12. - HN/mü

3003 Bern, den 4. September 1973

STRENG VERTRAULICHOLP-Vertreter : Chronik

1. Am 14.1.1971 machte Dr. Ellenberger bei Herrn Botschafter Gelzer den ersten Vorstoss in Richtung "OLP-Vertretung in Genf". Fremdenpolizei und Bundesanwaltschaft waren damals skeptisch. Brunner/Simonin "verhandelten" mit Abou Omar/Barakat auf der Linie "als Journalist getarnter OLP-Vertreter ohne Insignien wie Büroschilder, Visitenkarten usw.". Auch Regierungsrat Schmitt wurde durch H. Botschafter Keller und Gelzer ins Bild gesetzt.
2. Am 15.3.1971: Erste Orientierung des Bundesrates durch den Departementschef. Die Fremdenpolizei schrieb am 19.4. an die Genfer Polizei, dass ein "Informationsbüro mit festem Sitz" aus Kontrollgründen einem ambulanten Journalisten vorzuziehen wäre. Die Genfer Regierung erklärte sich einverstanden. Am 25.6. wurden den Herren Ellenberger und Pfr. Martin die Bedingungen schriftlich ausgehändigt. Am 31.7. überraschte eine ägyptische Pressemitteilung, welche die Eröffnung eines OLP-Informationsbüros ankündete. H. Allon von der israelischen Botschaft erkundigte sich hierauf am 2.8. nach dem Sachverhalt.
3. Am 4.8. nahm Barakat (Vorsprache bei Botschafter Gelzer) die Bedingungen an, wurde aber darauf aufmerksam gemacht, dass er nicht die Doppelrolle Diplomat-Informationsmann spielen könne. Barakat stellte einen anderen Leiter in Aussicht, hat aber faktisch in der Folge trotzdem die Doppelrolle gespielt.



4. Am 9.8. sprach Abba Eban Botschafter Hess auf das OLP-Büro hin an. Gleichzeitig brachte am 11.8. Botschafter Levavi Botschafter Gelzer die Besorgnis der israelischen Regierung zur Kenntnis. Auch jordanische Demarchen erfolgten. Der Departementschef orientierte am 11.8. den Bundesrat über diese Demarchen und über Barakat's Verzicht auf eine Doppelrolle. Am 17.11. antwortete Abba Eban im Knesseth einem Parlamentarier, dass es sich in der Schweiz um das Projekt eines OLP- nicht eines Fath-Büros gehandelt habe. Nach Protest in Bern hätten zu Ebans Befriedigung die schweizerischen Behörden die Israeli wissen lassen, dass sie die Eröffnung dieses Büros auf Schweizer Boden nicht zugelassen hätten. Man verfolge die Sache auf israelischer Seite weiterhin.
5. Am 11.8. schrieb Barakat in einem Rundschreiben an arabische Vertretungen in der Schweiz: "Un accord a été conclu entre les autorités fédérales suisses et l'OLP pour la création d'un bureau d'information politique en Suisse dépendant de l'OLP et qui aura comme siège la ville de Genève." (Zweck des Briefs: Geldsammlung.)
6. Am 6.9. orientierte Bundesrat Graber die aussenpolitische Kommission über die Zulassung eines palästinensischen Journalisten mit einem Assistenten und einem "bureau, avec un petit b". Das impliziere keine Anerkennung der OLP. Am 5.10. lancierte Nationalrat Eisenring eine Kleine Anfrage betreffend "Informationsbüros in Genf", deren summarische Beantwortung ihn in der Folge nicht befriedigte.
7. Am 18.11. wurde H. Barakat im EPD klar gemacht, dass sein unter Ziffer (5) erwähntes Rundschreiben, die beabsichtigte Miete eines Büros von 4 1/2 Räumen in Genf und die geplante Vernissage mit der von ihm zugesicherten Diskretion in krassem Widerspruch stünden. Der Begriff "Informationsbüro" müsse eliminiert werden (keine entsprechenden Anschriften). Barakat verwies auf die schriftlich fixierten Bedingungen. Am 2. und 7. Dezember sprachen die Herren

- 3 -

Ellenberger und Pfarrer Martin bei Botschafter Thalmann vor und versuchten, das "Informationsbüro" zu retten. Botschafter Thalmann verwies auf unser grosses Entgegenkommen in der ganzen Sache. Man werde aber höchstens die Anschrift "Bureau du correspondant d'El Fath (journal et radio)" billigen können.

Am 13.12. wiederholte Nationalrat Eisenring seine Kleine Anfrage.

8. Am 13.12. akzeptierte Barakat im Auftrag der OLP unsere neuen Bedingungen; am 16.12. erfolgte ein Bombenanschlag auf die jordanische Mission in Genf (lebensgefährliche Verletzung eines Polizisten). Im Zusammenhang hiermit verdächtigte der jordanische Botschafter Barakat zum mindesten der Mitwisserschaft. Parallel erfolgten anti-jordanische Terrorakte in Kairo (Ermordung Wasfi Tall's) und London (Anschlag auf den jordanischen Botschafter). Die Fremdenpolizei und die Bundespolizei verlangten hierauf vor jeder Weiterverfolgung des Projekts einen bundesrätlichen Entscheid und die Zustimmung der Genfer Behörden. Barakat wurde am 22.12. über die neue Lage orientiert und erkundigte sich am 3.1.1972, ob er das Büro anonym (ohne jede Anschrift, ohne Besucherempfang usw.) beziehen könne.
9. Am 16.2.1972 entschied der Bundesrat, die Zulassung eines OLP-Journalisten sei zu vertagen. Das EPD habe im Einvernehmen mit dem EJPD zu gegebener Zeit wieder Bericht zu erstatten. Das EPD wurde ermächtigt, inoffizielle Kontakte mit OLP-Vertretern aufrecht zu erhalten.
10. Der Terror geht mit den Lufthansa- und Sabena-Entführungen sowie mit dem Blutbad von Lod weiter. Mit Bezug auf letzteren verzichtete der Bundesrat auf eine öffentliche Verurteilung.

11. Am 24.2. äusserte Barakat zwei Wünsche: 1. Besuch eines EPD-Vertreters beim OLP-Hauptquartier in Beirut. 2. Humanitäre Hilfe der Schweiz für die Palästinenser. Unsere Antwort war: Ad 1: Der erste Mitarbeiter in Beirut steht für solche Kontakte zur Verfügung; ad 2: Die Schweiz ist einer der Hauptgeldgeber in der UNWRA. Mehr kann nicht getan werden.
12. Nach dem Münchner Attentat verdächtigte ein Newsweek-Artikel Barakat der Implikation. Winspeare (UNO Genf) erkundigte sich bei unserer Genfer Mission nach den "Nebenaktivitäten" des "jemenitischen Diplomaten Barakat". Nationalrat Eisenring erinnerte Botschafter Gelzer an seine Kleine Anfrage vom 13.12.1971 und wurde durch einen Brief über den wesentlichen Inhalt des Bundesratsbeschlusses vom 16.2.1972 orientiert.
13. Am 2. Februar 1973 sprach Botschafter Levavi bei Botschafter Gelzer vor und wollte wissen, wie Barakat dazu komme, dem Weltkirchenrat als "Vertreter der OLP" eine Botschaft zu übermitteln. Hat sich seit Levavi's Orientierung durch den Departementschef etwas geändert? Antwort: Nein. Levavi stellte einen "Titelmissbrauch" Barakat's fest und erklärte sich mit der Antwort von Botschafter Gelzer zufrieden.
14. Am 7.3.1973 beschwerte sich B. über folgende Bemerkung, welche der Bundesanwalt der Presse gegenüber gemacht hatte: "Sie erinnern sich an München und hiebei auch an die Rolle von Herrn Barakat." Wir erklärten B., dass das EPD in diesem Zusammenhang nicht konsultiert worden sei und dass man bei uns über die Presseerklärung auch nicht sonderlich glücklich sei. Hierauf soll in Beirut folgendes Communiqué der OLP veröffentlicht worden sein: "Les milieux du DPF ont exprimé aux représentants de l'OLP à Genève leur étonnement et leur regret. Ceci prouve qu'il existe des milieux qui soutiennent aveuglement les Zionistes ainsi que d'autres qui respectent les relations internationales de la Suisse." Der Bundesanwalt

- 5 -

erklärte H. Hohl gegenüber, dass er nur einen für Barakat bestimmten Warnschuss habe abgeben wollen, damit das Schweizer Netz der Palästinenser nicht weiter ausgebaut werde. Er spiele in diesem Zusammenhang gerne die Rolle des "bösen Mannes" und überlasse uns diejenige des "Friedensstifters".

15. Am 28.3. orientierte uns Barakat (nach dem Attentat von Khartoum), dass er vorübergehend den ermordeten OLP-Vertreter in Paris ersetze. Er habe auf dem Quai d'Orsay Zugang wie im EPD - dies auf Grund einer Art "Begalubigungsschreiben". Die Schweiz und Frankreich seien zur Zeit bei der OLP gut angeschrieben.
16. Am 19.6. sprach in Begleitung von B. Abou Omar, Mitglied des Fatah-Revolutionrates bei H. Hohl vor. Zunächst verurteilte er alle Terrorakte von Zerka bis Khartoum. Diese nützten vor allem den Israeli. Leider sähen das aber noch nicht alle Kreise in der Fatah ein. Omar lobte unsere "Neutralität ohne Schlagseite" und unseren "Pragmatismus bei der Behandlung der OLP-Vertreter-Frage". Die OLP möchte in der Schweiz "ein Fenster auf Europa" ausbauen. Das läge auch in unserem Interesse, da so die Palästinenser in unserem Lande etwas "Schützenswertes" besässen. (Wir sind nach der Reaktion der BRD auf München für die OLP offensichtlich "interessanter" geworden.) Unsere Reaktion auf den Vorstoss war negativ.
17. Am 7.8.1973 berichtete Barakat über Meldungen aus Paris, wonach er auf der "Opferliste" derjenigen zionistischer Attentäter stehe, die schon die meisten OLP-Vertreter in Europa ermordet hätten. Dr. Amstein arrangierte hierauf Kontakte Barakat's mit der Genfer Polizei und warnte den israelischen Sicherheitsdienst vor einem Attentat gegen Barakat; das zur Kündigung der Zusammenarbeit mit seinen Diensten führen könnte. Wir hielten der Bundespolizei gegenüber schriftlich fest, dass ein Verzicht Barakat's auf persönlichen Polizeischutz unsere Sicherheitsorgane nicht der grossen diesbezüglichen Verantwortung entbinden könne.